



⇒ Katharina Liesenberg

Malochen für die liberale Demokratie? Axel Honneth über die Demokratisierung der Arbeitswelt

Streiks, Fachkräftemangel und die Forderung nach »Mehr Bock auf Arbeit«¹ – die ersten Monate des Jahres 2023 waren geprägt von Auseinandersetzungen über faire Entlohnung, die Vier-Tage-Woche und die Arbeitsmoral der Generation Z. Gewerkschaften und Arbeitskämpfe rückten in den Fokus der Öffentlichkeit wie lange nicht mehr. Anstelle des Klatschens vom Balkon für Pflegekräfte während der Corona-Pandemie geht es inzwischen um handfeste materielle Verbesserungen für Arbeiter:innen. Eine Studie des *Instituts der Deutschen Wirtschaft* belegt, dass Tarifverhandlungen härter geführt werden als in den Vorjahren (Lesch/Eckle 2023), und die Gewerkschaft *ver.di* verzeichnete einen Zuwachs von 80.000 Mitgliedern in den ersten vier Monaten des Jahres 2023 (ver.di 2023). Kurzum: Arbeit steht wieder im Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit und die Politik vor großen Herausforderungen, die Zukunft der Arbeit gerecht zu gestalten.

Geht es nach Axel Honneth, ist nicht nur die Politik in der Pflicht: Auch Demokratietheoretiker:innen hätten die Sphäre der Arbeit als wesentlichen Ort der Vergesellschaftung zu lange übergangen.² Zeit also für eine normative Theorie der Arbeit, die den Zusammenhang zwischen arbeitendem und politischem Souverän (wieder-)herzustellen sucht. Nichts weniger als die Demokratisierung der Arbeit hat Honneth mit seinem neuen Werk *Der arbeitende Souverän* im Sinn. Belegen will Honneth, der aktuell an der *Columbia University* in New York City (USA) lehrt und bis zum Jahr 2018 Leiter des Frankfurter *Instituts für*

Sozialforschung war, dass Demokratie und Arbeit notwendig miteinander ver-schränkt sind. Demokratie sei auf gesellschaftliche Arbeitsteilung angewiesen, und die Sphäre der Arbeit sei der

Axel Honneth (2023): Der arbeitende Souverän. Eine normative Theorie der Arbeit, Berlin: Suhrkamp. 397 S., ISBN 978-3-518-58797-3, EUR 30.00.

DOI: [10.18156/eug-1-2023-rez-7](https://doi.org/10.18156/eug-1-2023-rez-7)

(1) So die Forderung des Hauptgeschäftsführers der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) Steffen Kampeter im Interview mit Stefan Braun für Table.Media im Februar 2023 (Braun 2023).

(2) Als die zweite große Leerstelle beschreibt Honneth an anderer Stelle den Bereich der Erziehung (Honneth 2020).

wichtigste Ort, um soziale Kooperation und Vergesellschaftung zu praktizieren.

Das Buch gliedert sich in fünf Teile: Normativer Auftakt, historische Einbettung sowie politischer Ausblick; zwei Exkurse liefern eine umfängliche Einordnung dazu, was sich Honneth unter gesellschaftlicher Arbeit und Arbeitsteilung vorstellt. Das Buch besticht durch seinen spannungsreichen Stil, den historischen Überblick und die kenntnisreiche Verknüpfung von politischer Theorie, historischen Erfahrungsberichten und ideengeschichtlicher Einbettung. Honneth gelingt es überzeugend darzulegen, warum die Demokratietheorie sich dringend mit dem Alltag ihrer Adressat:innen beschäftigen sollte. Trotz des Anspruchs, möglichst realistische Vorschläge zu machen (306f.), hinterlässt sein Werk jedoch einige Fragen: Warum spielen Klassenverhältnisse keine Rolle? Wie überzeugend ist in dieser Hinsicht die Honneth'sche Arbeitsdefinition? Und an welche Grenzen stößt sein Demokratieverständnis? Im Folgenden gebe ich zuerst einen Überblick über Honneths zentrale Argumente, erläutere sodann die genannten Kritikpunkte und beantworte abschließend die aufgeworfenen Fragen.

Zunächst identifiziert Honneth drei Register der Kritik der Arbeit in modernen Gesellschaften, die er in Entfremdung, republikanische Kritik und Demokratisierung unterteilt (20f.). Mit Entfremdung verweist er auf Marx und die Unmöglichkeit für die arbeitende Person, ihre Arbeit als etwas Eigenes zu erfahren. Die republikanische Kritik beruht auf einem Plädoyer für die Autonomie der Arbeitenden und kritisiert die Notwendigkeit willkürlicher Unterwerfung unter Arbeitsverträge. Das dritte, demokratische Paradigma erkennt den Wert von Arbeit in ihrer sozialen Praxis und deren Beitrag zur Gesellschaft. Dabei erteilt Honneth der dritten Option den Zuschlag: Die Demokratiefähigkeit einer Gesellschaft sei abhängig davon, wie demokratisch die Arbeit organisiert ist. Sie müsse sich daran messen lassen, inwieweit sie zu gelingender politischer Partizipation beitrage (46f.). Honneth präferiert diese dritte Kritik gegenüber den anderen beiden vor allem deshalb, weil hier der gesellschaftliche Kontext berücksichtigt werden könne und die Relevanz sozialer Arbeitsteilung für die Gesellschaft im Allgemeinen verdeutlicht würde. Gerechte Arbeitsverhältnisse sind in diesem von Honneth favorisierten Paradigma als Mittel zum Zweck »einer möglichst umfassenden Inklusion aller Gesellschaftsmitglieder in den demokratischen Prozess« zu verstehen (56).

Anhand von fünf Kriterien definiert Honneth daran anschließend, warum und inwieweit Arbeit politischer Partizipation zu- oder abträglich ist (91f.). Die erste Voraussetzung politischer Partizipation ist zunächst

wirtschaftliche Unabhängigkeit. Eine weitere Bedingung ist freie Zeit, um sich zu informieren, auf Versammlungen oder zu Parteitreffen zu gehen. Als dritte Anforderung nennt Honneth Selbstvertrauen. »Ohne ein stabiles Vertrauen darauf, dass die eigenen politischen Äußerungen es wert sind, öffentlich gehört zu werden, mangelt es den Bürger:innen am nötigen Zutrauen, sich an den demokratischen Auseinandersetzungen mit eigenen Beiträgen zu beteiligen.« (98) Als vierte Voraussetzung führt er eine gewisse Routine im Umgang mit den Praktiken kollektiver Abstimmungs- und Aushandlungsprozesse an, also etwa durch Mitbestimmungsorganisationen oder auch die täglichen Praktiken in Schule, Familie und eben am Arbeitsplatz. Fünftens hält Honneth auch »Umfang und intellektuelle Dichte der zu leistenden Arbeit« (105) für einen relevanten Faktor politischer Partizipationsfähigkeit. »Insofern ließe sich sagen, dass zwischen einer intakten Demokratie und einer fair organisierten Arbeitsteilung ein wechselseitiges Bedingungsverhältnis besteht: Jene lebt von der Voraussetzung gut geregelter, hinreichend kooperativ eingerichteter Arbeitsverhältnisse, diese davon, dass die Bürger:innen auch auf die Gestaltung ihrer Produktionsverhältnisse demokratisch Einfluss nehmen können.« (107f.): Nur wenn also Arbeit die genannten fünf Standards garantiert, lässt sich von guten Voraussetzungen für Demokratie sprechen.

Um Arbeit und Demokratie ins Verhältnis setzen zu können, muss Honneth definieren, was Arbeit eigentlich ist und welche Arbeit als gesellschaftlich relevant bezeichnet werden kann: »Als ›Arbeit‹ im Sinne von sozial erforderlichen Tätigkeiten müssen nun alle regelmäßig ausgeübten Verrichtungen gelten, die in einer Gesellschaft dazu beitragen, die gegebene Lebensform in ihren allgemein gewünschten Bestandteilen zu erhalten.« (138) Was die Definition von ›gesellschaftlich relevant‹ ebenso wie die Unterscheidung zwischen öffentlich und privat betrifft, kommt Honneth zu dem Schluss: Der Arbeitsbegriff umfasst all jene »Verrichtungen, die nach allgemein geteilter Überzeugung der Aufrechterhaltung der für wertvoll gehaltenen Bestandteile der gemeinsamen Lebenswelt dienen«. Diese seien »notwendig und fallen daher in die soziale Verantwortung des politischen Gemeinwesens« (142).

Anschließend unternimmt Honneth einen kursorischen Gang durch Wandel und Wirklichkeit der Arbeit der letzten 250 Jahre, mit Fokus auf den westeuropäischen Gesellschaften (und den entsprechenden Abhängigkeitsstrukturen in den zugehörigen Kolonien). Dabei identifiziert er jeweils Trends der Epochenabschnitte, beschreibt Naturalisierungen wie etwa die der Rolle der Frau und den Wandel von Tätigkeitsfeldern und ganzen Berufssparten. Das Buch beeindruckt hier durch eine

umfassende Auswahl an Literatur, insbesondere von Erfahrungsberichten und historischen Dokumenten, die die Plastizität alltäglichen Arbeitens in den Vordergrund stellen. Dies ist insofern gewinnbringend, als dass es verdeutlicht, in welchem Ausmaß viele Arbeitsrealitäten vom Ideal einer selbstbestimmten, demokratischen Gestaltung entfernt sind. Auch der Blick auf die Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts fällt ernüchternd aus. Honneth identifiziert hier fünf Trends: zunehmende Isolation, Projektorientierung, Kommodifizierung und Entstofflichung, fortschreitende Prekarisierung und Entsicherung (241f.); mit Blick auf die Chancen einer raschen Verwirklichung einer demokratischeren Arbeitswelt ist er daher eher resignativ gestimmt. Auch heute sei die Arbeitswelt noch geprägt von »erniedrigender Abhängigkeit, fehlender Mitgestaltung und mangelnder Anerkennung« (290).

Bevor Honneth zur Diskussion politischer Konsequenzen gelangt, legt er dar, warum insbesondere die Arbeitsteilung für die Demokratie wichtig ist. Diese erfülle für die Demokratie eine unerlässliche Funktion, weil Menschen hier auch auf unfreiwilliger Basis gesellschaftlich integriert würden und in Austausch gelangten. Weil bei der Arbeit, im Büro ebenso wie in Kita und Schule, Menschen miteinander interagieren *müssen*, fungierten arbeitsteilige Arbeitsplätze als Orte der gesamtgesellschaftlichen Verständigung (300f.). Um diesen Austausch zu garantieren, plädiert Honneth für ein soziales Verständnis von Arbeitsteilung. Entgegen voluntaristischen und deterministischen Argumentationsstrategien erachtet er Arbeitsteilung als politisch gesetzt und damit veränderbar. Um also dem Trend zu Isolation und Vereinzelung vorzubeugen, sei es notwendig, Arbeitsteilung vor allem anhand ihres integrierenden Potenzials zu denken – und nicht nach ökonomischen Maximen (254f.).

Im letzten Schritt stellt Honneth nun Maßnahmen zur Demokratisierung der Arbeit im 21. Jahrhundert vor. Mit dabei ist eine Art staatliche Arbeitsplatzgarantie, die Ablehnung eines bedingungslosen Grundeinkommens sowie die Verpflichtung auf ein soziales Jahr. Die Ablehnung des bedingungslosen Grundeinkommens ist wenig verwunderlich, wenn man bedenkt, welchen hohen Wert Honneth der Arbeit als Integrationsmechanismus beimisst. Aus Honneths Sicht führe ein Grundeinkommen zu einer Privatisierung von Politik (298f.) und treibe die Segregation von Gesellschaft weiter voran. Im Unterschied zur vergemeinschaftenden Funktion von Arbeit handle es sich beim Grundeinkommen um eine individualisierende Maßnahme. Eine »staatliche Dienstverordnung« (326) dagegen wäre eine Möglichkeit, unterschiedliche gesellschaftlich relevante Tätigkeiten für einen begrenzten

Zeitraum von ein oder zwei Jahren auszuüben, dadurch unterschiedliche Lebensrealitäten kennenzulernen und Menschen so »mit sanftem Druck zur Einübung gesellschaftlicher Solidarität zu nötigen« (328). Ergänzend dazu schlägt Honneth freiwillige Dienste vor, die in Zeiten genutzt werden sollen, in denen diese erforderlich sind, etwa bei Fachkräftemangel. Eine weitere Maßnahme sieht Honneth in der staatlichen Subventionierung von Produktionsgenossenschaften, um alternative Arbeitsregimes zu fördern und langfristig attraktiv zu machen (339). Seine Verbesserungsvorschläge für Strukturen innerhalb des Arbeitsmarkts entsprechen wesentlich dem Ziel, die fünf Standards zu erreichen, die er zu Beginn des Buches entwickelt – und sie orientieren sich dabei am Normalarbeitsverhältnis des 20. Jahrhunderts (352f.). Zusätzlich wirbt Honneth für eine »radikale Reorganisation der Arbeitsteilung« (368), um besonders eintönige oder intellektuell anspruchslose Tätigkeiten langfristig abschaffen zu können oder zumindest vielfältiger zu gestalten (372f.).

Alles in allem, so stellt Honneth fest, steht es nicht gut um die Demokratie; und es steht ganz und gar nicht gut um die Demokratie in der Arbeit. Seine recht verhaltenen Vorschläge rechtfertigt er mit dem Verweis auf deren realistische Umsetzbarkeit. Diesen »Meliorismus« entschuldigt er mit John Deweys Konzept der *ends-in-view*.³ Aus ideengeschichtlicher Sicht verwundert dies: Wie auch in früheren Texten, etwa *Demokratie als reflexive Kooperation* (1999) oder *Die Idee des Sozialismus* (2017), stellt Honneth sein Buch in die Tradition des US-amerikanischen Pragmatisten. Dabei überrascht, dass er diesen in eine melioristische und reformerische Linie einordnet, denn Dewey, der eine *Demokratie als Lebensform* anstrebte, plädierte aufgrund der Ungleichheiten des US-amerikanischen Kapitalismus für radikale Maßnahmen: So stellte er etwa die »wahrhaft religiöse Idealisierung und Verehrung [...] des Privateigentums« (Dewey 1996, 144f.) in Frage und warb für eine Vergesellschaftung von großer Industrie, Banken und Infrastruktur. Zeitlebens engagierte sich Dewey auch politisch, etwa in der Gewerkschaftsbewegung oder mit dem Versuch, eine dritte US-amerikanische Partei zu gründen (Westbrook 1991). Honneth dagegen versucht, weitreichende Forderungen zu vermeiden: »Normative[n] Überschwang« (316), also die Überhöhung der Bedeutung kleinster Widerstandsakte, betrachtet er ebenso wie die Gleichsetzung von konkret artikulierten Forderungen mit verallgemeinerbaren Ansprüchen als Gefahr. Dadurch kommt er zu einer weitreichenden Einschränkung:

(3) Dewey meint damit ein Handeln, das immer auf konkrete kurzfristige Ziele ausgerichtet ist, die zur Erreichung eines auch längerfristigen Ziels dienen können.

»Eine solche, ihre eigenen Voraussetzungen erst praktisch erzeugende Politik darf aus leicht erkennbaren Gründen nicht mit der Parole ans Werk gehen, dass zunächst der Kapitalismus vollkommen abzuschaffen sei, weil erst danach die Arbeitsverhältnisse wirklich befreit oder demokratisiert werden könnten.« (319) Diese Engführung ist es, die Honneth von seinem Lehrer John Dewey unterscheidet und die ihm das Plädoyer für radikale Maßnahmen, die für eine tatsächliche Demokratisierung der Arbeitswelt dringend geboten wären, unmöglich macht. Zugleich erklärt sie den resignierten Blick auf Gewerkschaften und das Potenzial von Streiks.

Ich will im Folgenden auf drei Punkte hinweisen, die Honneth so in seiner Theorie der Arbeit übersieht. Erstens setzt er sich nicht mit Machtbeziehungen auseinander und verschweigt die Klassenverhältnisse, die für Erfahrungen in der Arbeitswelt konstitutiv sind. Ausschließlich scheint es in Honneths Buch um die Seite der Arbeitnehmer:innen und deren Demokratiefähigkeit zu gehen, aber kaum darum, welche strukturellen Ungleichgewichte zwischen Arbeit und Kapital die Möglichkeit von Demokratie grundsätzlich verstellen. Müssten nicht auch die Rechte und Pflichten der Arbeitgeber:innen sowie das Verhältnis von Wirtschaft und Politik im Allgemeinen zur Debatte stehen, wenn von Demokratisierung der Arbeit gesprochen wird? Lassen sich etwa hohe Boni und Gehälter von Manager:innen rechtfertigen, wenn in demselben Unternehmen prekäre Arbeitsverhältnisse herrschen? Jene Schwellenwerte, die Honneth als Mindeststandard für Erfahrungen in der Arbeit anlegt, bedürften einer vergleichbaren Obergrenze für die demokratische Qualität von Unternehmen und Arbeitgeber:innen.

Ein zweiter Kritikpunkt schließt hieran an: Honneth diskutiert, unter welchen Umständen Arbeit als gesellschaftlich relevant erachtet werden muss (111f.). Hieraus zieht er jedoch keine Konsequenzen: Wie verhält es sich mit der ›gesellschaftlichen Relevanz‹ von Jobs, die nur der Gewinnmaximierung börsennotierter Unternehmen dienen, und mit den Jobs in diesen Unternehmen? Wo endet die ›gesellschaftliche Relevanz‹, wenn diese Unternehmen ihre Gewinne nicht gerecht, also nach Kriterien ›gesellschaftlicher Relevanz‹ verteilen? Auch fehlen Verweise auf sogenannte Bullshit-Jobs, also solche Berufe, die selbst diejenigen, die sie ausüben, als überflüssige Tätigkeiten beschreiben, zum Beispiel im Projektmanagement (Graeber 2018, 65).⁴ Müsste eine normative Theorie der Arbeit, deren Ziel eine Demokratisierung von Gesell-

(4) Graeber unterscheidet fünf Kategorien von überflüssigen Tätigkeiten: »Lakaien, Schläger, Flickschuster, Kästchenankreuzer und Aufgabenverteiler« (Graeber 2018, 65).

schaft ist, nicht auch Parameter dafür bereithalten, inwieweit solche Tätigkeiten der demokratischen Gesellschaft zuträglich sind?

So bleibt drittens ein fader Beigeschmack: Zunächst wirkt es, als wolle Honneth die Arbeiter:innen fit machen für die Demokratie – am Arbeitsplatz solle mehr Selbstvertrauen gelernt werden, um dann den Ansprüchen liberaler Öffentlichkeit gerecht werden zu können. Der Anspruch ist so aber einseitig verkürzt, falls die bessere Beteiligung von Arbeiter:innen zu ganz anderen Formen von Demokratie führen könnte: Da Honneth das demokratische Paradigma der Kritik an Arbeit wählt und dies eine Zweck-Mittel-Relation zwischen Demokratie und Arbeit bestimmt, setzt er voraus, dass es eine Orientierung an den derzeit gängigen Praktiken von Demokratie zu geben habe. Diese tragen aber seit jeher einen »Oberklassenakzent« (Schäfer/Zürn 2021), weil das repräsentative System die Mittel- und Oberschicht bevorzugt (Elsässer 2018). Es ist nicht ersichtlich, warum Honneth glaubt, diesen Eliten-Bias mittels besserer Erfahrungen am Arbeitsplatz aushebeln zu können. Indem er nur im engen Rahmen des liberalen Rechtsstaats zu operieren scheint, erweckt das Projekt eher den Eindruck einer Demokratisierung »von oben« denn »von unten«. Dies zeigt sich auch, wenn er im Fazit vom »politischen Kampf für demokratieverträglichere Arbeitsverhältnisse« (367) spricht und die Demokratisierung von Arbeit, also etwa die Beteiligung von Arbeiter:innen an Unternehmensanteilen, scheinbar in weite Ferne rückt.

Nichtsdestotrotz ist die Relevanz von Honneths Projekt nicht zu unterschätzen. Will die Demokratietheorie auch in den kommenden Jahren noch einen real existierenden Forschungsgegenstand haben, täte sie gut daran, das Thema aufzugreifen und sich vertieft mit dem Zusammenhang von Arbeit und Demokratie zu beschäftigen. Es ist ein Verdienst des Autors, diesem Thema eine breite Öffentlichkeit verliehen zu haben – mögen weitere Beiträge folgen, die auch radikaleren Ideen dieselbe Aufmerksamkeit einräumen. Weitere Forschungswege gibt es viele: etwa die von Honneth durchaus treffend beschriebenen Probleme von Gewerkschaften und deren Reformbedarf sowie die Diskussion um die Rolle kollektiver Organisationen. Ein weiterer Ansatzpunkt könnte die Entwicklung spezifischer Arbeitnehmer:innenrechte sein, die auch politische Rechte umfassen, wenn diese Menschen wegen anderer Staatsangehörigkeit etwa kein Wahlrecht haben. Wie mit Dewey angedeutet, sind es außerdem Strategien der Vergesellschaftung, die tatsächlich etwas am Verhältnis von Demokratie und Arbeit ändern können. Statt mehr »Bock auf Arbeit« bleibt nach der Lektüre des Buchs die Erkenntnis, dass es mehr Bock auf die radikale Auseinander-

setzung mit den Bedingungen des demokratischen Kapitalismus braucht. Um mit den Worten von Honneths Stichwortgeber zu enden: »*The end of democracy is a radical end*« (Dewey 1987, 298; Herv. i.O.).

⇒ Literaturverzeichnis

Braun, Stefan (2023): »Wir brauchen mehr Bock auf Arbeit«, Interview mit Steffen Kampeter, in: Table.Media. Online verfügbar: <https://table.media/berlin/analyse/wir-brauchen-mehr-bock-auf-arbeit/> (letzter Zugriff am 04.05.2023).

Dewey, John (1987): *Democracy is Radical*, in: *The Later Works, 1925-1953*, Vol. 11, 296–299 (hg. von J. A. Boydston), Carbondale: Southern Illinois University Press.

Dewey, John (1996): *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, Bodenheim: Philo.

Elsässer, Lea (2018): *Wessen Stimme zählt. Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland*, Frankfurt a.M./New York: Campus.

Graeber, David (2018): *Bullshit Jobs. Vom wahren Sinn der Arbeit*, Stuttgart: Klett-Cotta.

Honneth, Axel (1999): *Demokratie als reflexive Kooperation. John Dewey und die Demokratietheorie der Gegenwart*, in: Hauke Brunkhorst/Peter Niesen (Hg.), *Das Recht der Republik*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 37–65,

Honneth, Axel (2017): *Die Idee des Sozialismus*, Berlin: Suhrkamp.

Honneth, Axel (2020): *Erziehung und demokratische Öffentlichkeit. Ein vernachlässigtes Kapitel der politischen Philosophie*, in: Ders., *Die Armut unserer Freiheit, Aufsätze 2012–2019*, Berlin: Suhrkamp, 187–207.

Lesch, Hagen/Eckle, Lennart (2023): *Tarifverhandlungen: mehr Konflikte*. IW-Kurzbericht 28/2023. Online verfügbar: <https://www.iwkoeln.de/presse/iw-nachrichten/hagen-lesch-gewerkschaften-so-konfliktfreudig-wie-lange-nicht.html> (letzter Zugriff am 04.05.2023).

Schäfer, Armin / Zürn, Michael (2021): *Die demokratische Regression*, Berlin: Suhrkamp.

Verdi (2023): *Hier setzen wir uns für euch ein*. Online verfügbar: <https://www.verdi.de/themen/geld-tarif/++co++7056a2ba-3a6c-11ed-895d-001a4a160129> (letzter Zugriff am 04.05.2023).

Westbrook, Robert B. (1991): John Dewey and American Democracy, Cornell: Cornell University Press.

Katharina Liesenberg, *1993, M.A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Darmstadt (katharina.liesenberg@tu-darmstadt.de).

Zitationsvorschlag:

Liesenberg, Katharina (2023): Rezension: Malochen für die liberale Demokratie? Axel Honneth über die Demokratisierung der Arbeitswelt (Ethik und Gesellschaft 1/2023: Religion als Brand- und Friedensstifter). Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2023-rez-7> (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft
ökumenische zeitschrift für sozialethik

1/2023: Religion als Brand- und Friedensstifter

Oliver Hidalgo

Die Konflikanfälligkeit religiöser Identitäten und die politisch-theologische Spaltung Europas

Jochen Töpfer

Standpunkte religiöser Würdenträger Südosteuropas zu Krisen- und Konfliktsituationen in Europa 1900-2023

Regina Elsner

Diskurse über Krieg und Frieden: Die Rolle der Orthodoxie im Russischen Angriffskrieg auf die Ukraine

Eva Maria Fischer

Religion, Huntington und der Ukraine-Krieg

Katja Winker

»Demokratischer Frieden« und Religion. Die politische Ethik des Katholizismus zwischen autoritärem und demokratischem Staat

Sarah Jäger

Skizzen zum Evangelischen Pazifismusdiskurs nach 1945

Christian Spieß

Fluide Wahrheiten zwischen Traditionsbrüchen und Kontinuitätsnarrativen. Das doppelte Gewaltproblem der Religionen und die Ambivalenz der Staatslehre der katholischen Kirche

Alexander Yendell

Religiosität und Kriegsbefürwortung: Theorien und Ergebnisse aus der quantitativen Religionsforschung